

Nahrungsmittelkrise

Keine Lösung ohne Empowerment von Frauen in Sicht

Ulrike Lunacek



Allerorts ist von der Krise die Rede. Von der Wirtschafts- und der Finanzkrise. Im Winter auch noch von der Energiekrise. Dass es auch eine Nahrungsmittelkrise gibt, ist kaum der Berichterstattung wert. Das hat wohl auch damit zu tun, dass ca. sieben von zehn hungernden Menschen schon vor der jetzigen Nahrungsmittelkrise Frauen und Mädchen waren. Bekannt ist auch, dass in armen Haushalten bis zu 70% der Haushaltseinkommen für Nahrungsmittel aufgewendet werden, in den wohlhabenderen Haushalten hingegen nur rund 15-18%. Frauen in ländlichen Regionen produzieren außerdem weltweit die Hälfte der Nahrungsmittel, in den Entwicklungsländern sind es sogar 60-80%. Sie erhalten jedoch nur weniger als 10% der Kredite, die an BäuerInnen vergeben werden. Weniger als 15% des weltweiten Landbesitzes gehört Frauen – aber sie machen 60% der „working poor“ aus. Mit der Nahrungsmittelkrise laufen besonders kleine Kinder und schwangere Frauen Gefahr, dauerhaft unterernährt zu sein – mit irreversiblen Folgen für die nächste Generation. Auch im informellen Sektor, also z.B. bei den Straßenver-

käuferinnen, machen Frauen die große Mehrheit aus – und das, genauso wie die Bäuerinnen und Landarbeiterinnen, ohne jegliche soziale Sicherheit.

Plötzliche Anstiege bei den Lebensmittelpreisen haben besonders auf arme Haushalte, und da wieder solche, die von Frauen geführt werden, massiv negative Auswirkungen: Gerade in Krisenzeiten wird Unterernährung akut. Kulturelle Praktiken bedeuten oft auch, dass Frauen und Mädchen zum Schluss und am wenigsten essen.

Cheryl Morden, Direktorin der North American Liaison Office des Internationalen Fonds für Landwirtschaftliche Entwicklung, stellte vor kurzem fest, dass – obwohl 70% der wirtschaftlich aktiven Frauen in armen Ländern mit Nahrungsmittelknappheit Frauen sind und sie eine zentrale Rolle beim Anbau, der Verarbeitung und Zubereitung von Nahrungsmitteln spielen – die Antwort der internationalen Gemeinschaft auf die Nahrungsmittelkrise „genderblind“ war. D.h., dass die Entwicklungs- und Finanzinstitutionen in ihren Vorschlägen nicht erkannt haben, dass sie auf Geschlechtergerechtigkeit und Empowerment von Frauen auf allen Ebenen gerade im Agrarsektor und der ländlichen Entwicklung das Hauptaugenmerk legen müssen.

Insofern ist es erfreulich, dass bei der letzten hochrangigen Tagung über Ernährungssicherheit für alle Menschen, zu der der spanische Regierungschef Zapatero und UNO-Generalsekretär Ban Ki-Mun am 26./27. Januar 2009 nach Madrid geladen hatten, die EU darauf drängte, dass die Aufmerksamkeit bei der Schaffung von Nahrungsmittelsicherheit „vorrangig auf

kleine Pächter und weibliche Landwirte gerichtet sein“ sollte. Und die EU hat es immerhin geschafft, ihren Gesamtbeitrag für Nahrungssicherheit (inkl. Mitgliedsstaaten) auf beinahe 700 Mio. Euro zu erhöhen.

Das heißt aber noch lange nicht, dass die einzelnen Mitgliedsstaaten bereit sind, ihre Zusagen für die bis 2010 nötigen Erhöhungen der EZA-Mittel zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele einzuhalten.

Der neue österreichische Außenminister Spindelegger hat zwar in einem seiner ersten Interviews gemeint, die EZA sei eine seiner Prioritäten – aber gleichzeitig steht schon im Regierungsabkommen, dass es aufgrund der aktuellen Finanzkrise „schwierig“ sein werde, diese Ziele (für Österreich 0,51% des BNE) bis 2010 zu erreichen. Und wenn's Österreich nicht kann und will, warum sollten es dann die G7 können und wollen? Deren FinanzministerInnen (wenn ich richtig gesehen habe, genau eine Frau unter ihnen) haben sich Mitte Februar zu offenen Märkten als Rezept gegen die Wirtschaftskrise bekannt. Warum sollten gerade offene Märkte, die besonders im Lebensmittelbereich oft die lokalen Märkte zerstört haben und zerstören, das Rezept gegen die aktuelle Krise sein?

Wer die massive Krise nicht als Chance für eine Absage an neoliberales Wirtschaften versteht, der hat wohl die Lehre all dieser akuten Krisen nicht verstanden.

Zur Autorin:
Ulrike Lunacek ist Obfrau der Frauensolidarität sowie Nationalratsabgeordnete, Europasprecherin und stv. Obfrau des Parlamentsklubs der Grünen. Sie ist Vorsitzende der Europäischen Grünen Partei.